

## **Fachgemeinschaft Bau/ Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg**

### ***Zu 1.: Investitionen in Wohnungsbau und Klimaschutzanlagen intensivieren***

Seit 2006 hat der SPD-geführte Senat rund sechs Milliarden Euro in die Infrastruktur des Landes investiert. Einen Großteil dieser Mittel verwendeten wir für die energetische Sanierung von Schulen, Bädern und Sportanlagen sowie andere Aufwendungen in die bauliche Unterhaltung.

In den kommenden Jahren werden wir weiterhin einen Schwerpunkt unserer Investitionsplanung auf Programme zur Gebäudesanierung legen. Das halten wir für umweltpolitisch geboten, denn Maßnahmen wie die energetische Sanierung des Gebäudebestands dienen der radikalen CO<sub>2</sub>-Reduktion. Ein Klimaschutzgesetz darf jedoch nicht zu unverträglichen Mietsteigerungen führen. Wir wollen Alternativen bereitstellen: ein Programm der Investitionsbank, das Anreize schafft, in die energetische Sanierung zu investieren, ohne die Kosten eins zu eins auf die Mietparteien zu übertragen. Wir sehen in der energetischen Gebäudesanierung auch einen wichtigen wirtschaftspolitischen Impuls, da sie viele Arbeitsplätze im Handwerk schafft.

Dem öffentlichen Sektor kommt bei der Sanierung seines Immobilienbestandes eine Schlüsselfunktion zu. Wir werden die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien nachhaltig gestalten. Die Geschäftspolitik der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften muss in sozialer und ökologischer Hinsicht Vorbildcharakter haben.

In der Verwaltung werden wir bis 2020 eine umfassende Modernisierung vornehmen, in die wir auch die Bauverwaltungen mit einbeziehen. Wir brauchen eine aufgabengerechte Personalentwicklung und eine Offensive für Weiterbildung und Qualifizierung. Wir wollen die Besetzung der als notwendig erachteten Stellen ermöglichen. Rotationsmöglichkeiten sollen intensiver genutzt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Städtebauförderung auf dem bisherigen Niveau fortzuschreiben. Kürzungen der Bundesmittel führen dazu, dass auch Komplementärmittel der Länder und Kommunen und private Investitionen in achtfacher Höhe entfallen. Jede Kürzung der Städtebauförderung ist kurzfristige Rotstiftpolitik zulasten der Zukunftsfähigkeit des Landes Berlin.

## ***Zu 2.: Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Leitungsnetze ausbauen***

Die SPD steht für den Ausbau der Infrastruktur – für neue Verkehrswege und schnelle Anbindungen an Europa und die Welt. In den letzten Jahren haben wir beträchtliche Mittel in den Schienen- und Straßenbau investiert und Sonderprogramme wie das Schlaglochprogramm aufgelegt. In der kommenden Wahlperiode werden wir weiterhin in die Berliner Infrastruktur investieren.

Unser Stadtentwicklungsplan Verkehr bündelt vielfältige Maßnahmen zur umweltfreundlichen Verkehrsentwicklung in Berlin und wird Wohngebiete und die Innenstadt vom Autoverkehr entlasten. So können wir den sich stetig wandelnden Ansprüchen an ein modernes Verkehrssystem gerecht werden und den öffentlichen, den privaten und den Wirtschaftsverkehr effektiv leiten.

Wichtig ist uns auch der Ausbau des bestehenden Schienennetzes. Wir wollen Berlin zum Verkehrsknoten zwischen Nord und Süd sowie Ost und West ausbauen.

## ***Zu 3.: Zentrale Infrastrukturprojekte ermöglichen***

In den kommenden Jahren planen wir eine ganze Reihe von zentralen Infrastrukturprojekten. Gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund realisieren wir bis 2012 das größte Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands – den neuen Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“. Durch eine gute Entwicklung des neuen Flughafens und seines Umfelds, durch die Verknüpfung mit Adlershof und leistungsstarken Verkehrswegen in die Stadt können wir zehntausende Arbeitsplätze schaffen.

Unser gesamtstädtisches Verkehrskonzept sieht dabei u. a. die Verlängerung der A100 bis zum Treptower Park vor. Mit sinnvollen Umgehungsstraßen wie der Tangentialverbindung Ost (TVO) und einer intelligenten Verkehrslenkung gestalten wir insbesondere Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher.

Darüber hinaus planen wir bereits jetzt die Nachnutzung der Gelände der Flughäfen Tegel und Tempelhof. Tegel wollen wir nach seiner Schließung zu einem Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien ausbauen. Auf dem Tempelhofer Feld wollen wir u. a. Produktion und Test von Komponenten moderner Antriebe konzentrieren. Zusätzlich setzen wir uns an diesem Ort für den Bau einer „Stadt des Wissens“ ein, mit dem Neubau der Zentral- und Landesbibliothek als Kernelement. Am Rande des Tempelhofer Feldes ist eine Nutzung als Wohngebiet vorstellbar, bevorzugt durch Genossenschaften und öffentliche Wohnungsgesellschaften.

Bei der Planung zentraler Infrastrukturprojekte ist es von höchster Priorität, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess einzubeziehen. In den letzten zwei Wahlperioden hat der SPD-geführte Senat die Instrumente der direkten Demokratie systematisch ausgebaut. Berlin ist bundesweite Vorreiterin bei den Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, von Beiräten in Sanierungsgebieten über Betroffenenvertretungen und Spielplatzkommission bis hin zum Bürgerhaushalt. Bürgerbegehren und Volksbegehren wurden bereits in die Verfassung aufgenommen.

Wir möchten partizipative Verfahren und Ansätze getreu unseres eingeschlagenen Kurses weiter fördern. Zur Unterstützung der Bürgerbeteiligungsverfahren hat die von der SPD geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein umfangreiches Handbuch zur Partizipation herausgegeben. Es soll dem Personal der Verwaltung als Leitfaden dienen und dabei helfen, Partizipation in Planungsprozesse und Verwaltungshandeln einzubeziehen.

#### ***Zu 4.: Öffentliche Auftragsvergabe rechtssicher und effektiv gestalten:***

Seit Juli 2010 gilt das neue Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz, das bestimmte Grundsätze definiert, die bei Ausschreibungen zu beachten sind. Dabei wurden nicht nur Regeln für die Beachtung ökologischer Kriterien und die Einhaltung menschenwürdiger Bedingungen bei der Produktion aufgestellt, sondern auch die Bindung an die nach dem Arbeitnehmerentendegesetz fixierten Löhne betont und – soweit es für bestimmte Branchen keine Tarifverträge gibt oder die dort vorgesehenen Tariflöhne den Lohn von 7,50 Euro unterschreiten – eine Mindestentlohnung von 7,50 Euro festgeschrieben.

In der nächsten Wahlperiode werden wir das Ausschreibungs- und Vergabegesetz weiterentwickeln, um durch den öffentlichen Sektor gute Arbeit fester zu verankern. Bundesweit fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir werden das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode entsprechend anpassen. Zusätzlich wollen wir durch möglichst kleinteilige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand das regionale Handwerk stärken.

Keinesfalls soll das Ausschreibungs- und Vergabegesetz Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer unnötig belasten. Deshalb werden wir prüfen, inwiefern das Gesetz auch in dieser Hinsicht anzupassen ist. Wir lehnen es jedoch ab, die Vorschriften lediglich auf die Verhinderung von Schwarzarbeit zu reduzieren. Sinn dieses Gesetzes ist es, Arbeitnehmerrechte zu stärken, faire Löhne zu sichern und die Einhaltung ökologischer Kriterien durchzusetzen.

Darüber hinaus weisen wir den implizierten Vorwurf zurück, Aufträge vor allem zugunsten des billigsten Angebotes zu vergeben. Gerade rechtliche Normen wie das Ausschreibungs- und Vergabegesetz zeigen doch, dass der Preis nur eines von mehreren wesentlichen Kriterien der öffentlichen Auftragsvergabe ist.

#### ***Zu 5.: Duale Ausbildungsstruktur stärken:***

Die SPD setzt im Bereich Ausbildung auf das duale System. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Verbundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwickeln.

Weiterhin wollen wir den Übergang von der Schule zur Ausbildung verbessern. Das unübersichtliche Übergangssystem muss effizienter werden: Niemand soll mehr in der Warteschleife nicht-zielgerichtete Maßnahmen durchlaufen! In Zukunft setzen wir auf die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche, die sich bundesweit als sehr förderlich für den Übergang in die Ausbildung erwiesen hat.

In diesem Kontext möchten wir die Anstrengungen des Handwerkes, und damit auch der Bauwirtschaft, würdigen, jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen – gerade auch jenen mit Migrationshintergrund. Wir werden das Handwerk bei dieser wichtigen Aufgabe durch Kooperationen zwischen Schule und Betrieb, Patenschaften sowie berufsbegleitende Programme unterstützen.

### ***Zu 6.: Arbeitnehmerfreizügigkeit aktiv gestalten***

Die Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ist eine große Chance für den Arbeitsmarkt in Berlin. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Freiheit nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, sondern alle davon profitieren können – Unternehmen wie Beschäftigte. Wir wollen Lohndumping und Ausbeutung vermeiden und soziale Sicherheit gewährleisten.

Daher setzen wir uns für einen gesetzlichen Mindestlohn, gute Beratung insbesondere von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und eine effektive Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung ein. Die vorbildlichen Initiativen des Berliner Senats zur Bekämpfung von Menschenhandel werden wir fortsetzen, den Betroffenen Schutz und Hilfe geben und jede Form der Ausbeutung konsequent verfolgen.

### ***Zu 7.: Schwarzarbeit am Bau effektiv bekämpfen***

Die SPD steht für fairen Wettbewerb. Wir treten allen Formen der Schwarzarbeit entschlossen entgegen und wollen sie eindämmen. Dazu werden wir die Zusammenarbeit der Behörden verbessern. So schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und bewahren die Sozialsysteme vor Missbrauch. Es darf nicht sein, dass durch Schwarzarbeit Wettbewerbsvorteile zu Lasten anderer erzielt werden.

Wir teilen jedoch nicht die These, dass öffentlich geförderte Beschäftigung ein Einfallstor für Schwarzarbeit ist. Grundsätzlich ist sinnvolle öffentliche Beschäftigung nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Deshalb wird der zweite Arbeitsmarkt auch künftig eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Dabei setzen wir vermehrt auf gemeinwohlorientierte Arbeit, die wir zielgenauer ausrichten, damit sie Menschen für den ersten Arbeitsmarkt qualifiziert.

### ***Zu 8.: Bürokratieabbau vorantreiben***

Grundsätzlich ist die SPD gegen Belastungen von Unternehmen, die durch bürokratische Regelungen entstehen. Im Falle des Unternehmer- und Lieferantenverzeichnisses für öffentliche Aufträge (ULV) in Berlin muss man aber zunächst einmal sehen, dass das ULV eigentlich eine Erleichterung für die Auftragnehmerinnen und -nehmer darstellt. Jedes an öffentlichen Aufträgen interessierte Unternehmen kann durch die Aufnahme in das ULV seine Eignung gegenüber den öffentlichen Auftraggeberinnen und -gebern zu erheblich reduzierten Kosten nachweisen. Bei erfolgter Präqualifizierung auf Bundesebene genügt bereits ein schriftlicher

Antrag zur Aufnahme in das ULV. Wir werden prüfen, ob eine Einbindung des Berliner ULV in das bundesweite Präqualifikationssystem ein sinnvolles Mittel zur weiteren Vereinfachung des Ausschreibungsverfahrens ist.

Bezüglich des Antragsverfahrens für betriebliche Ausnahmegenehmigungen für bewirtschaftete Parkraumzonen muss man ebenfalls sehen, dass hier seit November 2008 eine Neuregelung gilt. Ausnahmegenehmigungen für alle bewirtschafteten Parkzonen des jeweiligen Bezirkes werden erteilt, wenn fünf Tätigkeitsnachweise für den gesamten Bezirk vorliegen. Durch die Verringerung der Nachweispflicht ist das Verfahren deutlich vereinfacht worden. Ob eine weitere Vereinfachung des Antragsverfahrens möglich und sinnvoll ist, bedarf einer erneuten Prüfung.